

Initiale Emails vom 20. Jänner 2011

An die burgenländischen Nationalratsabgeordneten

Von: Trenovatz Horst

Gesendet: Donnerstag, 20. Jänner 2011 17:19

An: 'christiane.brunner@parlament.gv.at'; 'silvia.fuhrmann@parlament.gv.at';
'franz.glaser@parlament.gv.at'; 'norbert.hofer@parlament.gv.at'; 'erwin.kaipele@spoe.at';
'oswald.klikovits@parlament.gv.at'; 'erwin.preiner@parlament.gv.at'

Cc: info@bistgscheit.at

Betreff: Änderung des BStG 1971 hinsichtlich der Burgenland Schnellstraße S 31

Sehr geehrte Abgeordnete zum Nationalrat,

im Namen der Bürgerinitiative BIST g'scheit! bitte ich Sie darum im Nationalrat einen Antrag auf Änderung des BStG 1971 hinsichtlich der Burgenland Schnellstraße S 31 einzubringen. Einen entsprechenden Antrag habe ich bereits vorbereitet und Sie finden ihn anbei.

Die S 31 Süd ist in dem von Frau Bundesministerin Bures im November 2010 veröffentlichten Ausbauprogramm 2011-2016 für hochrangige Straßen nicht mehr enthalten und wird dort explizit als Sparmaßnahme hervorgehoben (siehe <http://www.bmvit.gv.at/presse/archiv/1112infrastruktur/index.html>).

Des Weiteren haben Bundesministerin Bures, Landeshauptmann Niessl und Landesrat Bieler eine Einigung bekannt gegeben, wonach anstelle des Weiterbaus der S 31 Süd eine Landesstraße zur Entlastung der Ortschaften vom derzeitigen Ende der S 31 bis zum Grenzübergang Rattersdorf gebaut werden soll, deren Finanzierung der Bund mit 37 Mio Euro übernimmt (siehe <http://oesterreich.orf.at/burgenland/stories/479544/>).

Auch die Bevölkerung der betroffenen Gemeinden wurden bereits im Rahmen einer Bürgerversammlung informiert (siehe <http://burgenland.orf.at/stories/493834/>) und ist mit dem neuen Lösungsvorschlag einer Landesstraße B61a größtenteils einverstanden.

Im Sinne eines klaren Zeichens für den eingeschlagenen Weg und des Festhaltens der getroffenen Vereinbarung zwischen Land Burgenland und Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (bmvit) im Rahmen des Antrags zur Gesetzesänderung bitten wir Sie den beigefügten Antrag im Nationalrat einzubringen und zur positiven Abstimmung zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Horst Trenovatz

f.d. Bürgerinitiative BIST g'scheit!

Hauptstraße 35
7444 Klostermarienberg

Tel.: +43 664 6625505
Email: info@bistgscheit.at



ANTRAG_BSTG71.do

c

ANTRAG

der Abgeordneten ...

und anderer Abgeordneter

betreffend ein Bundesgesetz mit dem das Verzeichnis 2 des Bundesstraßengesetz 1971 geändert wird

Der Nationalrat wolle beschließen:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesstraßengesetz 1971 geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Bundesstraßengesetz 1971, [BGBl. Nr. 286/1971](#), zuletzt geändert durch [BGBl. I Nr. 24/2010](#) wird wie folgt geändert:

1. *Im Verzeichnis 2 Bundesstraßen S (Bundesschnellstraßen) lautet die Beschreibung der Strecke für die S 31 Burgenland Schnellstraße:*
„Eisenstadt/Ost (B 50) – Knoten Eisenstadt (A 3) – Knoten Mattersburg (S 4) – Oberpullendorf – Steinberg/Dörfl (B50)“

Begründung

Im November 2010 präsentierte die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie den Ausbauplan 2011-2016. Darin wurde u.a. festgehalten, dass die S31 Süd nicht als hochrangiges Straßenbauprojekt realisiert wird.

Diesbezüglich wurde auch eine Einigung zwischen Bundesministerin Bures und dem für den Straßenbau um Burgenland zuständigen Landesrat Bieler und Landeshauptmann Niessl bekanntgegeben, wonach als Ersatz für die S31 Süd eine Landesstraße von bestehenden Ende der S31 bei Oberpullendorf (B50) bis zur ungarischen Grenze bei Rattersdorf errichtet wird. Diese Einigung sieht vor, dass der Bund das Land Burgenland bei der Finanzierung der Landesstraße mit 37 Mio Euro unterstützen wird.

Dementsprechend wird beantragt den entsprechenden Straßenzug aus dem BStG 1971 herauszunehmen.

Durch Ersatz der Wortfolge „Staatsgrenze bei Rattersdorf“ durch die Wortfolge „Steinberg/Dörfl (B50)“ soll bezüglich des Straßenzuges S 31 der Endpunkt im BStG 1971 richtiggestellt werden.

Angehängt die beiden Emails an Nationalratsabgeordnete und Landespolitiker.

Von: Trenovatz Horst

Gesendet: Donnerstag, 20. Jänner 2011 17:20

An: 'hans.niessl@bgld.gv.at'; 'helmut.bieler@bgld.gv.at'

Cc: info@bistgscheit.at

Betreff: Burgenland Schnellstraße S 31 - Änderung des BStG 1971, Einleitung von UVP-Verfahren

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Niessl,
sehr geehrter Herr Landesrat Bieler,

zuerst einmal möchte ich Ihnen zur gewählten Vorgangsweise bzgl. Weiterbau der S 31 Süd gratulieren. Die zuletzt vorgestellte Lösung durch eine Landesstraße B61a ist bei der Bevölkerung (mit Ausnahme von Details) sehr gut angekommen und auch wir als Bürgerinitiative BIST g'scheit! unterstützen diesen Lösungsvorschlag.

Die Bevölkerung und auch wir sind aufgrund der in den letzten Jahren immer wieder erfolgten Zusicherungen hinsichtlich baldigem Verfahrens- und Baubeginn und dann doch wieder erfolgten Verschiebungen verständlicherweise sehr misstrauisch. Dementsprechend wäre es begrüßenswert hier nicht nur Versprechungen oder Zusagen zu tätigen sondern auch erste nachvollziehbare Schritte zu setzen.

Im Namen der von BIST g'scheit! vertretenen Bürger aus den Gemeinden Oberpullendorf, Steinberg/Dörfel, Oberloisdorf, Frankenau-Unterpullendorf und Mannersdorf an der Rabnitz bitte ich Sie - im Sinne eines klaren Zeichens für den eingeschlagenen Weg - dafür einzutreten, dass die S 31 Süd aus dem BStG 1971 genommen wird.

Wie sie aus unten beigefügter Email sehen können, habe ich diese Bitte auch an sämtliche burgenländischen Abgeordnete im Nationalrat gerichtet. Ich bitte Sie diese Änderung im BStG 1971 anzuregen bzw. zu unterstützen.

Das wichtigste und überzeugendste Argument für die (aufgrund der immer wieder getätigten Zusagen und Verschiebungen zu recht misstrauische) Bevölkerung wird aber die Einreichung der wichtigen Behördenverfahren, spez. der UVP, und deren Abschluss sein.

In diesem Sinne bitte ich Sie hier diesem Misstrauen der Bevölkerung den Wind aus den Segel zu nehmen und diese Verfahrensschritte rasch in die Wege zu leiten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Horst Trenovatz

f.d. Bürgerinitiative BIST g'scheit!

Hauptstraße 35
7444 Klostermarienberg

Tel.: +43 664 6625505
Email: info@bistgscheit.at

Angehängt das Email an die Nationalratsabgeordneten.

An die Gemeinden und Bürgermeister

Von: Trenovatz Horst

Gesendet: Donnerstag, 20. Jänner 2011 17:22

An: post@oberpullendorf.bgld.gv.at; 'post@steinberg-doeerfl.bgld.gv.at'; 'post@oberloisdorf.bgld.gv.at'; 'post@frankenau-unterpullendorf.bgld.gv.at'; 'post@mannersdorf-rabnitz.bgld.gv.at'

Cc: info@bistgscheit.at

Betreff: Burgenland Schnellstraße S 31 - Änderung des BStG 1971, Einleitung von UVP-Verfahren

Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete und Bürgermeisterin Friedl,
sehr geehrter Herr Landtagsabgeordnete und Bürgermeister Geißler,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Jestl,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Blazovich,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Draskovits,

mit der Umsetzung des zuletzt vorgestellten Lösungsvorschlags für die Entlastung der Ortschaften vom Verkehr durch eine ins regionale Straßennetz eingebundene Landesstraße B61a wäre allen Betroffenen geholfen. Dieser Lösungsvorschlag wird (bis auf Details) von allen begrüßt und unterstützt.

Allerdings ist dies so wie in den letzten Jahren bis jetzt eine reine Ankündigung, der jetzt auch Taten folgen müssen. Damit dieses Projekt erfolgreich abgeschlossen wird, bevor die handelnden Personen sich bei etwaigen Wahlen ändern und Zusagen nicht mehr gelten, sollten weitere Schritte gesetzt und eingeleitet werden.

Die Bevölkerung und auch wir sind - aufgrund der in den letzten Jahren immer wieder erfolgten Zusicherungen hinsichtlich baldigem Verfahrens- und Baubeginn und dann doch wieder erfolgten Verschiebungen - verständlicherweise sehr misstrauisch. Dieses Misstrauen habe ich auch in dem einen oder anderen Gespräch mit Ihnen vernommen.

Deswegen habe ich - wie Sie aus beigefügten Emails erkennen können - weitere nachvollziehbare und erkennbare Schritte von den Verantwortlichen, allen voran Landeshauptmann Niesl und Landesrat Bieler erbeten.

Um zu sehen ob es den handelnden Personen wirklich Ernst ist, habe ich darum gebeten die S 31 Süd vom derzeitigen Ende bei Steinberg/Dörfel bis zur Staatsgrenze bei Rattersdorf aus dem Bundesstraßengesetz zu nehmen und im Rahmen des Antrags dazu die Vereinbarung mit dem Verkehrsministerium zur Finanzierung der Landesstraße B61a festzuhalten. Außerdem wurde darum gebeten die Einleitung der Behördenverfahren so rasch wie möglich zu veranlassen.

Damit diese Bitten noch mehr Gewicht bekommen und die Umsetzung des genannten Lösungsvorschlages zur Entlastung der Ortschaften vorangetrieben wird, bitte ich Sie sich diesbezüglich anzuschließen und diese Bitten ebenfalls nach Möglichkeit schriftlich an die Verantwortlichen heranzutragen.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Horst Trenovatz

f.d. Bürgerinitiative BIST g'scheit!

Hauptstraße 35
7444 Klostermarienberg

Tel.: +43 664 6625505
Email: info@bistgscheit.at

Angehängt die beiden Emails an Nationalratsabgeordnete und Landespolitiker.

Folgende Kommunikation mit FPÖ:

Von: Norbert Hofer [mailto:norbert.hofer@fpoe.at]
Gesendet: Donnerstag, 27. Jänner 2011 11:49
An: Trenovatz Horst
Cc: 'Roland Viola Kozonits'; Geza.Molnar@fpoeklub-bgld.at
Betreff: AW: Änderung des BStG 1971hinsichtlich der Burgenland Schnellstraße S 31

Sehr geehrter Herr Dr. Trenovatz!

Sie haben ja heute bereits mit unserem Bezirksparteiobmann Roland Kozonits gesprochen.

Ich darf bestätigen, dass ich den Antrag im Nationalrat einbringen werde. Ich hoffe, es gelingt über Parteigrenzen hinweg dafür Unterstützung zu finden.

Mit besten Grüßen

Norbert Hofer

www.norberthofer.at

Von: Trenovatz Horst [mailto:Horst.Trenovatz@a1telekom.at]
Gesendet: Donnerstag, 27. Januar 2011 12:50
An: Norbert Hofer
Cc: Roland Viola Kozonits; Geza.Molnar@fpoeklub-bgld.at; info@bistgscheit.at
Betreff: AW: Änderung des BStG 1971hinsichtlich der Burgenland Schnellstraße S 31

Herzlichen Dank,

schön wäre, wenn man schon vorab einen parteiübergreifenden Antrag der burgenländischen Abgeordneten im Nationalrat einbringen könnte.

Mit freundlichen Grüßen,
Horst Trenovatz

Von: Norbert Hofer [mailto:norbert.hofer@fpoe.at]
Gesendet: Donnerstag, 27. Jänner 2011 14:14
An: Trenovatz Horst
Betreff: AW: Änderung des BStG 1971hinsichtlich der Burgenland Schnellstraße S 31

Sehr geehrter Herr Dr. Trenovatz!

Unsere Referentin Frau Mag. Rochowanski wird denn Antrag auch an alle anderen Fraktionen im Parlament senden und einladen, den Antrag gemeinsam einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Hofer

www.norberthofer.at

Folgende Kommunikation mit Grünen

----- Ursprüngliche Mail -----

Von: "Trenovatz Horst" <Horst.Trenovatz@a1telekom.at>
An: "christiane brunner" <christiane.brunner@parlament.gv.at>, "gabriela moser" <gabriela.moser@parlament.gv.at>, "Michel Reimon" <Michel.Reimon@gruene.at>
CC: "christiane brunner" <christiane.brunner@gruene.at>, "gabriela moser" <gabriela.moser@gruene.at>
Gesendet: Freitag, 11. Februar 2011 13:26:08 GMT +01:00
Amsterdam/Berlin/Bern/Rom/Stockholm/Wien
Betreff: WG: Änderung des BStG 1971hinsichtlich der Burgenland Schnellstraße S 31

Liebe Grüne,

ich bin etwas enttäuscht, dass von Euch bisher keine Reaktion gekommen ist. Vielleicht ist das Email ja aus irgendwelchen Gründen untergegangen.

Denn ich könnte es nicht nachvollziehen und verstehen, wenn es einfach ignoriert wurde, wo Christiane doch selbst gegen eine Schnellstraße kämpft und wir uns dabei öfters Seite an Seite gestanden sind.

Deshalb noch einmal die Bitte an Euch. Bitte setzt Euch dafür ein, dass dieses Schnellstraßenprojekt aus dem BStG gestrichen wird.

Freundschaftliche Grüße,
Horst Trenovatz

Angefügt das initiale Email an die Nationalratsabgeordneten vom 20. Jänner 2011

Von: Christiane Brunner [mailto:christiane.brunner@gruene.at]
Gesendet: Freitag, 11. Februar 2011 15:00
An: Trenovatz Horst
Cc: gabriela moser; christiane brunner; gabriela moser; Michel Reimon
Betreff: Re: Änderung des BStG 1971hinsichtlich der Burgenland Schnellstraße S 31

Lieber Horst,

Es kann nur so sein, dass das Mail untergegangen ist. Ich hab´s jetzt nämlich auch nicht gefunden. Jedenfalls bin ich natürlich gerne bereit den Antrag einzubringen. Ich hab vor ungefähr einem Jahr einen ähnlichen Antrag für alle burgenländischen Straßenprojekte eingebracht (http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_00983/fnameorig_180252.html). Seither hat sich an unserer Position sicher nix geändert ;)

Wenn Du willst, kann ich den Antrag gleich in der nächsten Sitzung einbringen. Ich kann mich aber gerne auch mit den anderen Oppositionsparteien abstimmen.

Wir können gerne auch noch telefonieren (0664 144xxxx).

Lg, Christiane

Fortsetzung mit Landespolitikern (LH, LR):

Von: Trenovatz Horst

Gesendet: Montag, 11. April 2011 19:19

An: hans.niessl@bgld.gv.at; helmut.bieler@bgld.gv.at

Cc: info@bistgscheit.at

Betreff: AW: Burgenland Schnellstraße S 31 - Änderung des BStG 1971, Einleitung von UVP-Verfahren

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Niessl,
sehr geehrter Herr Landesrat Bieler,

mit Bedauern muss ich feststellen, dass einerseits nur die FPÖ und die Grünen auf mein Schreiben reagiert haben. Weder von Ihren Parteikollegen im Nationalrat noch von Ihnen hat es irgendeine Rückmeldung gegeben.

Mittlerweile wurden entsprechende Initiativanträge im Parlament eingebracht.

Antrag FPÖ: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01423/index.shtml

Antrag Grüne: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01442/index.shtml

Der Antrag der Grünen wurde mittlerweile im Verkehrsausschuss am 6.4.2011 behandelt und leider vertagt.

Dazu habe ich speziell an Sie folgende Fragen:

- 1.) Warum haben Sie auf unser Anliegen in keinster Weise reagiert?
- 2.) Warum wurde der Antrag der Grünen vertagt und nicht unterstützt, wenn die Lösung mittels B61a von allen Seiten unterstützt wird?
- 3.) Was gedenken Sie in weiterer Folge zu tun?

Soviel zum Sachlichen in dieser Thematik und nun zum Politischen und wirklich Bedenklichen:

Es ist bedenklich, dass Sie auf ein derartiges Anliegen in keinster Weise reagieren. Zumindest ein kurzes Antwortschreiben darf sich die Bevölkerung wohl erwarten, auch wenn es ein ablehnendes ist, dann weiß man zumindest woran man ist.

Äußerst bedenklich ist es aber der Bevölkerung eine Lösung zu versprechen und dann im Parlament ganz anders zu handeln.

Die Frau Verkehrsministerin verkündet gemeinsam mit Ihnen eine Lösung in Form einer Landesstraße und im Parlament ist sie und Ihre Parteikollegen nicht bereit diese auch entsprechend umzusetzen. Welches Theater wird hier gespielt?

Es sollte Sie also in keinster Weise wundern, wenn die Bevölkerung Ihnen kein Vertrauen mehr schenkt. Und nach all den Vorfällen und Korruptionsvorwürfen zuletzt könnte man annehmen, jeder der seine potentiellen Wählerinnen und Wähler, sowie deren Anliegen ignoriert, ist bzw. hat sich bereits versorgt. Wundern Sie sich also nicht, wenn Sie aufgrund Ihrer Politikerkollegen und auch aufgrund Ihres eigenen Verhaltens unter ähnlichen Verdacht geraten. Um mich hier keiner strafbaren Handlung schuldig zu machen, gilt natürlich für alle Beteiligten die Unschuldsvermutung und ich werde mich hüten Ihnen schuldhaftes Verhalten in irgendeiner Form vorzuwerfen. Das Volk und deren Anliegen zu ignorieren, sehe ich allerdings als demokratiepolitisch äußerst bedenklich an und Sie haben mit Ihrem bisherigen Verhalten, das Vertrauen in Ihre Politik, die Politik generell und die Demokratie, wie sie jetzt besteht, auf keinen Fall gestärkt, ganz im Gegenteil.

Ich bitte Sie, diesbezüglich so rasch wie möglich Stellung zu beziehen.

Mit freundlichen Grüßen,
Dr. Horst Trenovatz

Fortsetzung mit Nationalratsabgeordneten:

Von: Trenovatz Horst

Gesendet: Montag, 11. April 2011 19:19

An: christiane.brunner@parlament.gv.at; silvia.fuhrmann@parlament.gv.at;
franz.glaser@parlament.gv.at; norbert.hofer@parlament.gv.at; erwin.kaipel@spoe.at;
oswald.klikovits@parlament.gv.at; erwin.preiner@parlament.gv.at

Cc: info@bistgscheit.at

Betreff: AW: Änderung des BStG 1971 hinsichtlich der Burgenland Schnellstraße S 31

Sehr geehrte Abgeordnete zum Nationalrat,

mit Bedauern muss ich feststellen, dass einerseits nur die FPÖ und die Grünen auf mein Schreiben reagiert haben.

Beide Parteien haben mittlerweile einen entsprechenden Initiativantrag im Parlament eingebracht.

Antrag FPÖ: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01423/index.shtml

Antrag Grüne: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01442/index.shtml

Der Antrag der Grünen wurde mittlerweile im Verkehrsausschuss am 6.4.2011 behandelt und leider vertagt.

Dazu habe ich speziell an die Abgeordneten der SPÖ und ÖVP folgende Fragen:

- 1.) Warum haben Sie auf unser Anliegen in keinster Weise reagiert?
- 2.) Warum wurde der Antrag der Grünen vertagt und nicht unterstützt, wenn die Lösung mittels B61a von allen Seiten unterstützt wird?
- 3.) Was gedenken Sie in weiterer Folge zu tun?

Soviel zum Sachlichen in dieser Thematik und nun zum Politischen und wirklich Bedenklichen:

Liebe Abgeordnete der SPÖ und ÖVP,

es ist bedenklich, dass Sie auf ein derartiges Anliegen in keinster Weise reagieren. Zumindest ein kurzes Antwortschreiben darf sich die Bevölkerung wohl erwarten, auch wenn es ein ablehnendes ist, dann weiß man zumindest woran man ist.

Äußerst bedenklich ist es aber der Bevölkerung eine Lösung zu versprechen und dann im Parlament ganz anders zu handeln.

Die Frau Verkehrsministerin verkündet gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann eine Lösung mittels einer Landesstraße und im Parlament ist sie und Ihre Parteikollegen nicht bereit diese auch entsprechend umzusetzen.

Welches Theater wird hier gespielt?

Es sollte Sie also in keinster Weise wundern, wenn die Bevölkerung Ihnen kein Vertrauen mehr schenkt. Und nach all den Vorfällen und Korruptionsvorwürfen zuletzt könnte man annehmen, jeder der seine potentiellen Wählerinnen und Wähler, sowie deren Anliegen ignoriert, ist bzw. hat sich bereits versorgt. Wundern Sie sich also nicht, wenn Sie aufgrund Ihrer Politikerkollegen und auch aufgrund Ihres eigenen Verhaltens unter ähnlichen Verdacht geraten. Um mich hier keiner strafbaren Handlung schuldig zu machen, gilt natürlich für alle Beteiligten die Unschuldsvermutung und ich werde mich hüten Ihnen schuldhaftes Verhalten in irgendeiner Form vorzuwerfen. Das Volk und deren Anliegen zu ignorieren, sehe ich allerdings als demokratiepolitisch äußerst bedenklich an und Sie haben mit Ihrem bisherigen Verhalten, das Vertrauen in Ihre Politik, die Politik generell und die Demokratie, wie sie jetzt besteht, auf keinen Fall gestärkt, ganz im Gegenteil.

Ich bitte Sie, diesbezüglich so rasch wie möglich Stellung zu beziehen.

Mit freundlichen Grüßen,
Dr. Horst Trenovatz

Fortsetzung mit der FPÖ:

Von: Trenovatz Horst

Gesendet: Montag, 11. April 2011 18:16

An: 'Norbert Hofer'

Cc: Roland Viola Kozonits; Geza.Molnar@fpoeklub-bgld.at; info@bistgscheit.at

Betreff: AW: Änderung des BStG 1971hinsichtlich der Burgenland Schnellstraße S 31

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

schade, dass es keinen gemeinsamen Antrag im Parlament gegeben hat und es jetzt zwei diesbezügliche Anträge (Ihren und den der Grünen, eingebracht von Abg. Brunner) gibt.

Interessanterweise wurde der später eingebrachte Antrag der Grünen bereits im letzten Verkehrsausschuss am 6.4.2011 behandelt (und leider vertagt).

Wieso war Ihr Antrag nicht auf der Tagesordnung?

Bitte um eine kurze Rückmeldung, wie es mit Ihrem Antrag weitergehen wird.

Freundliche Grüße,
Horst Trenovatz

Von: norbert.hofer@tmo.at [mailto:norbert.hofer@tmo.at]

Gesendet: Dienstag, 12. April 2011 10:39

An: Trenovatz Horst

Cc: Verena Rochowanski

Betreff: Re: AW: Änderung des BStG 1971hinsichtlich der Burgenland Schnellstraße S 31

Sehr geehrter Herr Trenovatz!

Die Parteien verhandeln jeweils vor den Sitzungen, welcher Antrag behandelt wird. Diesmal war der Grüne zuerst dran. Es ist wirklich schade, dass er schubladisiert wurde.

Ich habe unseren Klub im Burgenland gebeten, hier auch im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit darauf aufmerksam zu machen. Immerhin geht es um ein Sachthema, bei dem sich eigentlich alle Parteien einig sein sollten.

Unser Antrag soll nun bei der nächsten Sitzung behandelt werden.

Mit besten Grüßen

Norbert Hofer

www.norberthofer.at

Von: Trenovatz Horst [mailto:Horst.Trenovatz@a1telekom.at]

Gesendet: Dienstag, 12. April 2011 14:29

An: norbert.hofer@tmo.at

Cc: Verena Rochowanski; info@bistgscheit.at

Betreff: AW: AW: Änderung des BStG 1971hinsichtlich der Burgenland Schnellstraße S 31

Danke für die rasche Antwort.

Mit freundlichen Grüßen,
Horst Trenovatz

Nationalratsabgeordnete der ÖVP:

Von: Marco Haas [mailto:Marco.Haas@oevp-burgenland.at]

Gesendet: Freitag, 15. April 2011 07:17

An: Trenovatz Horst

Betreff: Antwort S31

Sehr geehrter Dr. Trenovatz!

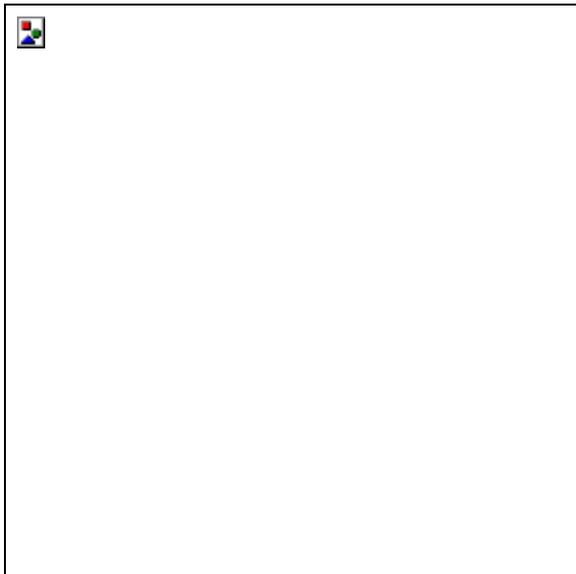
Im Anhang übermittle ich das Antwortschreiben von Herrn Abg.z.NR Oswald Klikovits bezugnehmend auf ihre E-Mail mit dem Betreff „Änderung des BStG 1971 hinsichtlich der Burgenland Schnellstraße S 31“.

Mit freundlichen Grüßen

Mag.(FH) Marco Haas

Parlamentarischer Mitarbeiter

Abg.z.NR Oswald Klikovits



+43 (0) 699 17 17 44 58

marco.haas@parlament.gv.at

www.oswald-klikovits.at



15042011 Antwort
Dr Horst Trenovatz.p



Eisenstadt, 15. April 2011

Sehr geehrter Dr. Trenovatz!

Bezugnehmend auf Ihre E-Mail mit dem Betreff "Änderung des BStG 1971 hinsichtlich der Burgenland Schnellstraße S 31" darf ich Ihnen folgende Information zukommen lassen: Die ÖVP Burgenland sowie unsere Gemeindevertreter des Bezirkes Oberpullendorf sind für einen raschen und durchgehenden, kreuzungsfreien Bau als Landesstraße. Wir fordern daher eine rasche Umsetzung des Vorhabens. Laut unseren Informationen wurde allerdings die Zusage der Verantwortlichen, den Trassenverlauf auf Steinberger Hotter in einer entsprechenden Entfernung vom Siedlungsgebiet "Sonnriegl" zu planen, nicht eingehalten. Diese Zusage wurde seinerzeit von den zuständigen Stellen im Land dem Sprecher der Initiative "Personenkomitee S31", Hans Aumühler gegeben.

Die Verantwortung für das genannte Straßenbauprojekt obliegt auf Landesebene SPÖ Landesrat Helmut Bieler und Landeshauptmann Hans Niessl sowie auf Bundesebene Verkehrs- und Infrastrukturministerin Doris Bures.

Mit freundlichen Grüßen


Abg.z.NR Oswald Klikovits

Von: Franz Glaser [mailto:franz.glaser@oevp-burgenland.at]
Gesendet: Freitag, 15. April 2011 08:20
An: Trenovatz Horst
Betreff: S 31

Sehr geehrter Herr Trenovatz!

Aus Ihrem Mail ist zwar aus keiner Weise ersichtlich wofür Sie sind. Die Meinung der ÖVP insgesamt und vor allem der ÖVP des Mittelburgenlandes war immer für einen entsprechenden Ausbau. Daran hat sich nichts geändert. Im Übrigen sind die zuständigen Stellen mit Landeshauptmann Niessl, LR Bieler und Ministerin Bures bekannt.

Mit herzlichen Grüßen
Franz Glaser

Antwort an Nationalratsabgeordnete der ÖVP:

Von: Trenovatz Horst [mailto:Horst.Trenovatz@a1telekom.at]
Gesendet: Freitag, 15. April 2011 11:03
An: Franz Glaser; oswald.klikovits@parlament.gv.at
Cc: info@bistgscheit.at; Marco Haas
Betreff: AW: S 31

Sehr geehrte Abgeordnete,

zuerst einmal Dankeschön für Ihre Rückmeldungen. Ganz klar ist auch aus Ihren Stellungnahmen nicht, wofür Sie jetzt sind, ob für eine mautfreie, in das regionale Netz eingebundene, nicht kreuzungsfreie Landesstraße, eine Landesstraße, die trotzdem kreuzungsfrei ist (also de facto eine Schnellstraße) oder eine Schnellstraße wie im BStG angeführt?

Die Bürgerinitiative BIST g'scheit! setzt sich seit ihrer Gründung 2004 für die Entlastung der Ortschaften in der Verlängerung der S31 bis zur ungarischen Staatsgrenze ein. Allerdings soll diese Entlastung durch eine bereits 1996 versprochene Landesstraße erfolgen und nicht wie im Jahre 2003 von der Asfinag (aufgrund damaliger EU Bemaunungsregeln) geplanten Autobahn.

Die nun vom LH Niessl und LR Bieler mit BM Bures ausgehandelte und versprochene Landesstraße B61a (siehe <http://oesterreich.orf.at/burgenland/stories/479544/>) wurde der Bevölkerung bereits präsentiert (siehe <http://burgenland.orf.at/stories/493834/>) und wird von BIST g'scheit! und der Bevölkerung bis auf einzelne Trassendetails (Steinberg/Sonnriegel) vollinhaltlich unterstützt.

Wenn man eine derartige Ankündigung macht, dann muss man aber auch die Konsequenzen ziehen und das Bundesstraßengesetz entsprechend anpassen. Scheinbar wird hier von Seiten der SPÖ, wie schon in den letzten 15 Jahren nur Theater gespielt. Zuerst versprochen, dann aufgrund fehlender finanzieller Mittel das Projekt an den Bund/Asfinag abgeschoben, die aufgrund der Verkehrsstärken, diese Straße nie bauen wollte. Jetzt kündigt man wieder eine Landesstraße an, aber passieren tut wieder nichts.

Im letzten Verkehrsausschuss wurde von BM Bures eine erneute Evaluierung angekündigt (siehe http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0353/), obwohl erst im November 2010 eine derartige Evaluierung durchgeführt und dessen Ergebnis in Form einer Priorisierung der Projekte präsentiert wurde, wo die S31-Verlängerung als explizite Sparmaßnahme hervorgehoben wurde (siehe <http://www.bmvit.gv.at/presse/archiv/1112infrastruktur/index.html>) und zur Landesstraße werden sollte.

Eine entsprechende Gesetzesinitiative wurde nun schubladisiert.

Also alles nur Theater?

Eine Änderung des Bundesstraßengesetzes würde hier entsprechenden Druck auf LR und LH erzeugen, da damit Ausreden, dass dies noch im BStG enthalten und somit Aufgabe der BM und der ASFINAG ist, nicht mehr möglich sind. Im Rahmen der S31 Nord war es auch möglich, diese aus dem BStG zu nehmen. Dort wird jetzt auch schon sehr aktiv an der Umfahrung Schützen gearbeitet. Hinsichtlich der B61a gab es nur Ankündigungen aber keine konkreten Prozessschritte.

Ich würde mich freuen, wenn auch Sie dieses Anliegen im Sinne der Bevölkerung vorantreiben würden, indem man hier sowohl die Frau BM Bures als auch LH Niessl und LR Bieler im Sinne der raschen Durchführung und Entlastung der Bevölkerung mit der nun vorgeschlagenen (im Detail anzupassenden) Landesstraße B61a und konsequenterweise der Änderung des BStG in die Pflicht nimmt.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Horst Trenovatz
f.d. Bürgerinitiative BIST g'scheit!

Hauptstraße 35
7444 Klostermarienberg

Tel.: +43 664 6625505
Email: info@bistgscheit.at

Weitere Information an die Gemeinden bzw. Bürgermeister:

Von: Trenovatz Horst

Gesendet: Freitag, 15. April 2011 16:59

An: post@oberpullendorf.bgld.gv.at; post@steinberg-doeerfl.bgld.gv.at; post@oberloisdorf.bgld.gv.at; post@frankenau-unterpullendorf.bgld.gv.at; 'post@mannersdorf.bgld.gv.at'

Cc: info@bistgscheit.at

Betreff: AW: Burgenland Schnellstraße S 31 - Änderung des BStG 1971, Einleitung von UVP-Verfahren

Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete und Bürgermeisterin Friedl,
sehr geehrter Herr Landtagsabgeordnete und Bürgermeister Geißler,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Jestl,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Blazovich,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Draskovits,

ich möchte auch Sie hiermit über den aktuellen Stand dieser Aktivität informieren:

Mit Bedauern musste ich feststellen, dass einerseits nur die FPÖ und die Grünen auf mein Schreiben reagiert haben.

Beide Parteien haben mittlerweile einen entsprechenden Initiativantrag im Parlament eingebracht.

Antrag FPÖ: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01423/index.shtml

Antrag Grüne: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01442/index.shtml

Der Antrag der Grünen wurde mittlerweile im Verkehrsausschuss am 6.4.2011 behandelt und leider vertagt (siehe http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0353/)

Auch der [Antrag](#) der Grünen, der die Verankerung der Evaluierung der Straßenbauprojekte des Bundes im Bundesstraßengesetz vorsieht, wird den Verkehrsausschuss noch länger befassen. Abgeordnete Christiane Brunner (G) trat in ihrer Wortmeldung nicht nur für die Streichung der geplanten Teilstrecke der S31 Burgenland-Schnellstraße ein, sondern sprach sich auch gegen den Bau des Weststrings in Linz, der Nordautobahn und der S7, der Fürstenfelder Schnellstraße, aus.

Bundesministerin Doris Bures erläuterte in diesem Zusammenhang, dass derzeit alle Infrastrukturinvestitionen aufgrund neuer Verkehrsprognosen evaluiert würden. Es gehe nicht darum, Projekte als unnötig zu erklären, sondern darum, gute Verkehrslösungen für die Bevölkerung auch mit geringeren Kosten zu erreichen, sagte sie. Sie stehe derzeit mit den Bundesländern in Verhandlungen und werde nach deren Abschluss dem Parlament eine entsprechende Änderung des Bundesstraßengesetzes vorlegen.

Unten angefügt finden Sie auch eine Email an die Abgeordneten des Nationalrates in dieser Thematik. Nationalratsabgeordnete Klikovits und Glasl haben mittlerweile darauf reagiert, wengleich auch sie sich in ihren Antworten nicht eindeutig festlegen, wofür sie nun sind.

Die Bürgerinitiative BIST g'scheit! setzt sich seit ihrer Gründung 2004 für die Entlastung der Ortschaften in der Verlängerung der S31 bis zur ungarischen Staatsgrenze ein. Allerdings soll diese Entlastung durch eine bereits 1996 versprochene Landesstraße erfolgen und nicht wie im Jahre 2003 von der Asfinag (aufgrund damaliger EU Bemaunungsregeln) geplanten Autobahn später Schnellstraße.

Die nun vom LH Niessl und LR Bieler mit BM Bures ausgehandelte und versprochene Landesstraße B61a (siehe <http://oesterreich.orf.at/burgenland/stories/479544/>) wurde der Bevölkerung bereits präsentiert (siehe <http://burgenland.orf.at/stories/493834/>) und wird von BIST g'scheit! und der Bevölkerung bis auf einzelne Trassendetails (Steinberg/Sonnriegel) vollinhaltlich unterstützt.

Wenn man eine derartige Ankündigung macht, dann muss man aber auch die Konsequenzen ziehen und das Bundesstraßengesetz entsprechend anpassen. Scheinbar wird hier von Seiten der Politik, wie schon in den letzten 15 Jahren nur Theater gespielt. Zuerst versprochen, dann aufgrund fehlender finanzieller Mittel das Projekt an den Bund/Asfinag abgeschoben, die aufgrund der Verkehrsstärken, diese Straße nie bauen wollte. Jetzt kündigt man wieder eine Landesstraße an, aber passieren tut wieder nichts.

Im letzten Verkehrsausschuss wurde von BM Bures eine erneute Evaluierung angekündigt (siehe oben), obwohl erst im November 2010 eine derartige Evaluierung und dessen Ergebnis in Form einer Priorisierung der Projekte präsentiert wurde, wo die S31-Verlängerung als explizite Sparmaßnahme hervorgehoben wurde (siehe <http://www.bmvit.gv.at/presse/archiv/1112infrastruktur/index.html>) und zur Landesstraße werden sollte.

- Die S 31 im Burgenland wird als Landesstraße verwirklicht mit finanzieller Beteiligung des Bundes, Ortsumfahrungen werden damit rasch verwirklicht, das bringt Einsparungen von 80 Millionen Euro.

Eine entsprechende Gesetzesinitiative wurde nun im Verkehrsausschuss (siehe oben) vertagt, von der Verkehrsministerin und Ihren Parteikollegen, den Nationalratsabgeordneten der SPÖ und ÖVP im Verkehrsausschuss „schubladiert“, wie es ein Nationalratsabgeordneter formuliert hat.

Also alles nur Theater?

Eine Änderung des Bundesstraßengesetzes würde hier entsprechenden Druck auf LR und LH erzeugen, da damit Ausreden, dass dies noch im BStG enthalten und somit Aufgabe der BM und der ASFINAG ist, nicht mehr möglich sind. Im Rahmen der S31 Nord war es auch möglich, diese aus dem BStG zu nehmen. Dort wird jetzt auch schon sehr aktiv an der Umfahrung Schützen gearbeitet und wichtige Verfahrensschritte bereits abgeschlossen. So liegt zum Beispiel bereits eine Verordnung zum Straßenverlauf (<http://www.bgld.gv.at/politik-verwaltung/bekanntmachungen/kundmachungen/2419>) vor, die am 10.3.2011 beschlossen und bereits veröffentlicht wurde. Die Grundablösen sind angeblich fast abgeschlossen und die nötigen Enteignungen sollen bis Ende April abgeschlossen sein (<http://burgenland.orf.at/stories/508720/>). Hinsichtlich der B61a gab es nur Ankündigungen aber keine konkreten Prozessschritte, oder kennen Sie ein einziges Dokument in einem konkreten Behördenverfahren oder jemand der seinen Grund schon an das Land Burgenland verkauft hat?

Ich würde mich freuen, wenn auch Sie dieses Anliegen im Sinne der Bevölkerung vorantreiben würden, indem man hier sowohl die Frau BM Bures als auch LH Niessl und LR Bieler im Sinne der raschen Durchführung und Entlastung der Bevölkerung mit der nun vorgeschlagenen (im Detail anzupassenden) Landesstraße B61a und konsequenterweise der Änderung des BStG in die Pflicht nimmt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Horst Trenovatz

Angefügt das Fortsetzungsemail an die Nationalratsabgeordneten vom 11. April 2011

Kommunikation mit BMVIT:

Von: Trenovatz Horst [mailto:Horst.Trenovatz@a1telekom.at]

Gesendet: Freitag, 15. April 2011 17:02

An: Bures Doris

Cc: Sabine.K?hschelm@bmvit.gv.at; hans.niessl@bgld.gv.at; helmut.bieler@bgld.gv.at; post@oberpullendorf.bgld.gv.at; post@steinberg-doefl.bgld.gv.at; post@oberloisdorf.bgld.gv.at; post@frankenau-unterpullendorf.bgld.gv.at; post@mannersdorf.bgld.gv.at; christiane.brunner@parlament.gv.at; silvia.fuhrmann@parlament.gv.at; franz.glaser@parlament.gv.at; norbert.hofer@parlament.gv.at; erwin.kaipel@scoe.at; oswald.klikovits@parlament.gv.at; erwin.preiner@parlament.gv.at; info@bistgscheit.at

Betreff: Änderung des BStG 1971 hinsichtlich der Burgenland Schnellstraße S 31

Sehr geehrte Frau Bundesminister Bures,

im November 2010 wurde von Ihnen das Ergebnis der Evaluierung der hochrangigen Straßenprojekte inkl. einer entsprechenden Priorisierung im Rahmen des Ausbauprogrammes 2011-2016 für hochrangige Straßen präsentiert.

Auf der Webseite (<http://www.bmvit.gv.at/presse/archiv/1112infrastruktur/index.html>) ihres Ministeriums wird die S31 explizit als Einsparung erwähnt und der Ausbau als Landesstraße mit finanzieller Beteiligung des Bundes angekündigt.

- Die S 31 im Burgenland wird als Landesstraße verwirklicht mit finanzieller Beteiligung des Bundes, Ortsumfahrungen werden damit rasch verwirklicht, das bringt Einsparungen von 80 Millionen Euro.

Des weiteren haben Sie gemeinsam mit Landeshauptmann Niessl und Landesrat Bieler eine Einigung via Medien bekannt gegeben, wonach anstelle des Weiterbaus der S 31 Süd eine Landesstraße zur Entlastung der Ortschaften vom derzeitigen Ende der S 31 bis zum Grenzübergang Rattersdorf gebaut werden soll, deren Finanzierung der Bund mit 37 Mio Euro übernimmt (siehe <http://oesterreich.orf.at/burgenland/stories/479544/>).

Auch die Bevölkerung der betroffenen Gemeinden wurden bereits im Rahmen einer Bürgerversammlung informiert (siehe <http://burgenland.orf.at/stories/493834/>) und ist mit dem neuen Lösungsvorschlag einer Landesstraße B61a bis auf einzelne Trassendetails (Steinberg/Sonnriegel) einverstanden.

Im Sinne eines klaren Zeichens für den eingeschlagenen Weg und des Festhaltens der getroffenen Vereinbarung zwischen Land Burgenland und Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (bmvit) wäre es nur konsequent, wenn das Bundesstraßengesetz entsprechend abgeändert würde und eine rechtlich verbindliche Vereinbarung zwischen Bund und Land diese finanzielle Beteiligung festhält.

Dafür gibt es bereits 2 Initiativanträge im Parlament:

Antrag FPÖ: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01423/index.shtml

Antrag Grüne: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01442/index.shtml

Der Antrag der Grünen wurde mittlerweile im Verkehrsausschuss am 6.4.2011 behandelt und leider vertagt (siehe http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0353/)

Auch der [Antrag](#) der Grünen, der die Verankerung der Evaluierung der Straßenbauprojekte des Bundes im Bundesstraßengesetz vorsieht, wird den Verkehrsausschuss noch länger befassen. Abgeordnete Christiane Brunner (G) trat in ihrer Wortmeldung nicht nur für die Streichung der geplanten Teilstrecke der S31 Burgenland-Schnellstraße ein, sondern sprach sich auch gegen den Bau des Westrings in Linz, der Nordautobahn und der S7, der Fürstenfelder Schnellstraße, aus.

Bundesministerin Doris Bures erläuterte in diesem Zusammenhang, dass derzeit alle Infrastrukturinvestitionen aufgrund neuer Verkehrsprognosen evaluiert würden. Es gehe nicht darum, Projekte als unnötig zu erklären, sondern darum, gute Verkehrslösungen für die Bevölkerung auch mit geringeren Kosten zu erreichen, sagte sie. Sie stehe derzeit mit den Bundesländern in Verhandlungen

und werde nach deren Abschluss dem Parlament eine entsprechende Änderung des Bundesstraßengesetzes vorlegen.

Aus dem eben zitierten Protokoll des Verkehrsausschusses wird von Ihnen eine erneute Evaluierung aller Infrastrukturinvestitionen genannt.

Bedeutet dies, dass das Ausbauprogramm 2011-2016 für hochrangige Straßen nach weniger als 6 Monaten bereits wieder hinfällig ist?

Wie gültig ist die Vereinbarung mit dem Land Burgenland dann noch?

Wann wird es die von Ihnen angekündigte Gesetzesänderungsinitiative geben?

Wird darin die S31 Süd Teil des hochrangigen Straßennetzes sein oder nicht?

Bitte um Beantwortung dieser Fragen.

Ich habe vollstes Verständnis dafür, dass man nicht jeden Straßenzug in einer einzelnen Gesetzesinitiative abhandelt. Aber seit Ihrer Präsentation des Ausbauprogrammes 2010-2016 hat es keine Initiative gegeben, das Bundesstraßengesetz entsprechend anzupassen.

Nach 15 Jahren Geschichte S31 Süd, in der schon alles mögliche versprochen und mehrmalig der Baubeginn angekündigt wurde (zuletzt vor den Landtagswahlen im Burgenland 2010) ist die Politik in dieser Sache absolut unglaubwürdig geworden.

Zuerst wird vom Land eine Landesstraße (ehemalige Bundesstraße) versprochen, dann aufgrund fehlender finanzieller Mittel das Projekt an den Bund/Asfinag abgeschoben, die aufgrund der bestehenden und prognostizierten Verkehrsstärken, diese Straße nie bauen wollte. Jetzt kündigt man wieder eine Landesstraße B61a an, aber die logischen folgenden Schritte passieren nicht, obwohl die Lösung von allen Parteien, allen Bürgerinitiativen und der Bevölkerung für gut geheißen und unterstützt wird. Es ist an der Zeit hier ein klares Zeichen zu setzen, den ersten Schritt zu tun und dieses Straßenstück aus dem BStG zu nehmen, genauso wie dies bei der S31 Nord erfolgte. Dort ist man in der Planung und Umsetzung (Verordnung liegt vor) u.a. auch deswegen schon um einiges weiter.

Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass diese Lösung, die von allen unterstützt wird und von der betroffenen Bevölkerung seit über einem Jahrzehnt erwartet wird, rasch umgesetzt wird.

Vor allem aber bitte ich Sie die angekündigte Gesetzesänderung so rasch wie möglich einzubringen oder andernfalls die bestehenden Anträge zu unterstützen und dieses Straßenstück aus dem BStG zu nehmen.

Damit würden Sie ein deutliches Zeichen setzen, welches die Bevölkerung nachvollziehen kann und sieht, dass es Ihnen ernst ist hier die entsprechenden Schritte einzuleiten und umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Horst Trenovatz

Antwort aus dem BMVIT:

Von: Filipczak Anneliese [mailto:Anneliese.FILIPCZAK@bmvit.gv.at]

Gesendet: Freitag, 29. April 2011 12:16

An: Trenovatz Horst

Betreff: AW: Änderung des BStG 1971hinsichtlich der Burgenland Schnellstraße S 31

Sehr geehrter Herr Dr. Trenovatz!

Anbei das Antwortschreiben von Frau Mag. Kűhschelm.



Uerl

900.105_0045.pdf

Mit freundlichen Grüßen

Anneliese Filipczak
Kabinett Bundesministerin Doris Bures
Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
Telefonnummer: +43 1 7116265 8007
Faxnummer: +43 1 7116265 68007
1010 Wien, Stubenring 1
anneliese.filipczak@bmvit.gv.at
www.bmvit.gv.at

Antwort an BMVIT:

Von: Trenovatz Horst

Gesendet: Freitag, 29. April 2011 12:22

An: 'Filipczak Anneliese'; 'sabine.kuehschelm@bmvit.gv.at'

Cc: info@bistgscheit.at

Betreff: AW: Änderung des BStG 1971hinsichtlich der Burgenland Schnellstraße S 31

Herzlichen Dank für die positive Antwort.

Die nächsten Wochen werden zeigen, ob diese Gesetzesänderung tatsächlich noch in diesem Jahr erfolgen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Horst Trenovatz
f.d. Bürgerinitiative BIST g'scheit!

Hauptstraße 35
7444 Klostermarienberg

Tel.: +43 664 6625505
Email: info@bistgscheit.at

Herrn
Dr. Horst Trenovatz
A1 Telekom Austria AG
Lassallestraße 9
1020 Wien

GZ. BMVIT-900.105/0045-Büro FBM/2011
DVR:0000175

per e-mail: horst.trenovatz@a1telekom.at

Wien, am 28. April 2011

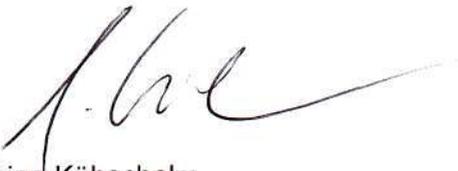
Sehr geehrter Herr Dr. Trenovatz!

Vorweg möchte ich mich im Namen von Frau Bundesministerin Doris Bures für Ihr e-mail vom 15. April 2011 betreffend die S 31 Burgenland Schnellstraße, Abschnitt Süd, bedanken.

Zu Ihrem Anliegen darf ich Ihnen mitteilen, dass die Frau Bundesministerin an der Vereinbarung mit dem Land Burgenland und an der Herausnahme des Abschnittes Süd der S 31 Burgenland Schnellstraße aus dem Verzeichnis 2 des Bundesstraßengesetzes 1971 festhält und beabsichtigt, in den nächsten Wochen einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Ministerrat einzubringen.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Informationen gedient zu haben.

Mit freundlichen Grüßen



Mag. Sabine Kühschelm
Referentin der Bundesministerin